

# Neue Zürcher Zeitung

NZZ – GEGRÜNDET 1780

NZZ domizil+executive  
IMMOBILIEN + KADASTERSTELLEN

Samstag, 15. Juli 2017 · Nr. 162 · 238. Jg.

AZ 8021 Zürich · Fr. 4.90 · € 4.90

## Verdrängen und wegsehen

Nach den Hamburger Strassenschlachten herrscht Ratlosigkeit. Wie konnte dies nur geschehen? Erneut war der deutsche Politikbetrieb einer sicherheitspolitischen Herausforderung nicht gewachsen. Von Eric Gujer

Der Deutsche, da war sich Friedrich Nietzsche sicher, «versteht sich auf Schleichwege zum Chaos». Nach den Bildern aus Hamburg wird ihm niemand widersprechen: verwüstete Strassenzüge, brennende Autos, Anarchisten, die von Hausdächern Molotowcocktails auf Einsatzkräfte warfen – und vor allem eine Polizei, die heillos überfordert schien. Anschliessend hiess es rechtfertigend, niemand habe das Ausmass der Gewalt vorhersehen können. Dabei gab es schon bei anderen internationalen Konferenzen brutale Ausschreitungen. Die jüngere deutsche Krawall-Geschichte kennt ebenfalls solche Szenen, inklusive Brandstätten und Steinen, die von Dächern herabgeschleudert werden. Die Bedrohungslage war also nicht neu. Wieso versagte dann der Staat so eklatant? Die Suche nach Antworten hat im Jahr der Bundestagswahl besondere Brisanz.

Flüchtlinge die Grenzsicherung kollabierte. Damals behauptete die Bundesregierung fatalistisch, Grenzen liessen sich heute nicht mehr schützen. Wenn es darauf ankommt, erklärt sich der deutsche Staat offenkundig gerne für handlungsunfähig. Zugrunde liegt dem ein Politikverständnis, wonach es keine Konflikte mehr gibt, die sich nicht im Diskurs auflösen lassen. Dazu gehört ein Jargon der Uneigentlichkeit, der alle Probleme kleinredet. Als sich der CSU-Vorsitzende Horst Seehofer während der Flüchtlingskrise nicht an den Kodex des Beschönigens hielt und auf die existenzielle Herausforderung unkontrollierter Grenzen hinwies, galt er bereits als Querulant. Jetzt fordern Innenpolitiker eine europäische Extremisten-Datei, obwohl die EU schon drei Datenbanken hierfür unterhält. Doch es liegt nicht an den Instrumenten, sondern an der Haltung. Der Umgang mit Gewalttätigen ist zu lasch, und kaum jemand wagt es, dies auszusprechen.

Beispiel ist die «Rote Flora» in Hamburg, die Hochburg des schwarzen Blocks. Der Senat kaufte die Liegenschaft mit Steuermitteln, damit die Autonomen sie ungestört besetzen können. Auch wegen der «Roten Flora» wies der Verfassungsschutz warnend darauf hin, dass Hamburg am Gipfel zur Bühne für gewaltbereite Linksextremisten werden könne.

stellung von Stacheldraht und Zäunen den Bürgern unerträglich gewesen wäre. Was als Fürsorge daher kommt, ist nichts anderes als Bevormundung.

### Fürsorgliche Bevormundung

Natürlich gilt die simple polizeitaktische Erkenntnis, wonach im Strassengewirr einer Grossstadt die Konfrontation mit paramilitärisch organisierten Militanten rasch ausartet. Gegen Personen, die aus politischen Motiven Strassenschlachten provozieren oder Gewalt um der Gewalt willen suchen, tut sich jede Polizei schwer, die an das Gebot der Verhältnismässigkeit gebunden ist.

Als Urheberin des watierten Politikstils gilt Angela Merkel, deren präsidiales Amtsverständnis die Demokratie «stillegelegt» habe. Man tut ihr unrecht. Es liegt nicht an der Kanzlerin, wenn auf allen Ebenen Verantwortung so lange weggeschoben wird, bis sie niemand mehr wahrnimmt. Bis heute ist wegen der Fahndungsspannen im Zusammenhang mit dem Attentat auf den Berliner Weihnachtsmarkt niemand zurückgetreten. Auch der Hamburger Innenminister denkt nicht an Demission. Wo Klartext den Floskeln weicht, verflüchtigt sich auch die individuelle Rechenschaft.

Die Diskussion darüber, wie viel Zwang zur Durchsetzung des Gewaltmonopols erforderlich ist, wird tunlichst vermieden, auch von den Unionsparteien. Mit Schleudern und Stahlkugeln bewaffnete Kriminelle werden zu Opfern eines Polizeizexzesses stilisiert. Dabei belegt das Missverhältnis zwischen 500 verletzten Polizisten und 50 Haftbefehlen, dass übertriebene Härte kaum das hervorstechende Merkmal des deutschen Sicherheitsapparats sein kann. Die Verharmlosung der Gewalt beginnt bei der Wortwahl. Man nennt Strassenkämpfer Demonstranten, obwohl sie nicht ihr Grundrecht auf Meinungsfreiheit ausüben, sondern brandschatzen und den Tod von Polizisten in Kauf nehmen. Weil diese um ihr Leben fürchteten, überliessen sie zeitweise ganze Strassenzüge kampflös dem Mob.

### Im Reich der Sprechblasen

Zwar gibt es auch andernorts die Neigung zum maximalen Konsens, etwa in der Schweiz, doch sorgt hier die direkte Demokratie dafür, dass Störenfriede ihr Forum finden. Die deutsche Politik hat alle Störenfriede erfolgreich ausgegrenzt. Sie züchtet einen Typus Politiker, der sich als Chefbeamter einer geräuschlosen Verwaltung versteht. Helmut Schmidt, der die Verfassung verletzte, um Hamburgs Einwohner vor der Flut zu retten, wäre heute untragbar. Bezeichnenderweise wurde sein Bild in der nach ihm benannten Universität vorübergehend abgehängt, weil es ihn in Wehrmachtsuniform zeigte. Die Bundesrepublik betrachtet ihre Demokratie als geschützte Werkstatt, deren Insassen man die Widersprüche des Lebens nicht zumuten darf.

Solche Erklärungen sind plausibel, aber nicht hinreichend. Schon vor dem G-20-Gipfel hatte der SPD-Kanzlerkandidat Martin Schulz prophylaktisch kapituliert und angeregt, solche Anlässe künftig am Uno-Hauptsitz in New York auszurichten. So viel vorausseilende Hasenfüssigkeit erinnert an den Herbst 2015, als unter dem Andrang der

Bei der inneren Sicherheit ist die Neigung zur Verdrängung besonders ausgeprägt. Häufig kapituliert der Rechtsstaat vor seinen Gegnern. Kriminelle können mit der Milde der Justiz rechnen, rechtsfreie Räume werden geduldet, bei muslimischen Parallelgesellschaften ebenso wie bei Linksextremisten. Ein

Der Unwillen, Probleme ungeschminkt zu benennen, wird gerne mit politischer Korrektheit erklärt. Dabei gibt es sehr deutsche Gründe, angefangen bei der kollektiven Psyche einer wiedervereinigten Nation, welche die Ost-West-Spannungen nicht anheizen wollte und alles vermied, was den fragilen Familienfrieden gefährdete. Zu dieser Grunddisposition passt die grosse Koalition, die vom demokratiepolitischen Ausnahmefall zum Glücksfall effizienter Staatsführung umgedeutet wurde. Das Resultat ist eine Leisetreterei, die alles, was anstossen könnte, als anstössig vermeidet. Während der Flüchtlingskrise hiess es, man habe die Grenzen nicht abriegeln können, weil die Vor-

Pflichtschuldiger erschallt nun der Ruf nach «Konsequenzen», die es aus den Krawallen zu ziehen gelte. Wichtiger, als sich in solch eingeübter Rhetorik zu äussern, wäre es, wenn die Politiker im Wahlkampf endlich ehrlich, ohne Beschwichtigungen und ohne fürsorgliche Bevormundung mit den Bürgern kommunizieren, so wie dies Emmanuel Macron in erfrischender Weise tat. Es wird wohl ein frommer Wunsch bleiben. Die Sozialdemokraten haben sich mit dem Slogan von der sozialen Gerechtigkeit bereits ins Zwischenreich der Sprechblasen geflüchtet; Gefilde, in denen sich auch die Kanzlerin heimisch fühlt. Ereignisse wie die Strassenschlachten an der Elbe stören den routinierten Gang der Berliner Politik nur kurz wie ein Platzregen im Sommer.

## Aufbruch in die Diktatur

Der Putsch in der Türkei vor einem Jahr ist gescheitert, aber damit auch die Demokratie

ws. · Der türkische Präsident Recep Tayyip Erdogan und seine islamische AK-Partei feiern das Scheitern des Militärputsches vor einem Jahr als «Sieg der Demokratie». Doch in den vergangenen zwölf Monaten hat die Regierung in Ankara alles darangesetzt, die Gewaltenteilung restlos auszuhebeln.

lich für die Sommerferien in seiner Heimat. Nach der Putschnacht wurde er verhaftet, weil er Mitglied der Gülen-Bewegung und ein Spion der CIA sein soll. Als Beweisgrundlage dienen eine Ein-Dollar-Note und die dürfliche Denunziation eines Verwandten.

Machenschaften. Der Hauptangeklagte beteuert seine Unschuld, der in Haft misshandelte Kronzeuge zog seine Aussage zurück. Zahlreiche Fragen, wie es zu dem stümperhaften Putschversuch kommen konnte, bleiben ungeklärt.

Erdogan nutzte die Gunst der Stunde, um eine regelrechte Hetzjagd auf seine politischen Gegner zu starten. Welche absurden Folgen die stalinistisch anmutenden Säuberungswellen haben, zeigt der Fall des Nasa-Physikers Serkan Gölge. Der türkisch-amerikanische Doppelbürger wollte im Juli 2016 ledig-

Von Beginn weg machte Erdogan den im amerikanischen Exil lebenden Prediger Fetullah Gülen und dessen Hizmet-Bewegung für den Putschversuch verantwortlich. Bisher wurden 23 Offiziere verurteilt, und mehrere Verfahren gegen vermeintliche Putschisten laufen noch. Bis jetzt gibt es aber keinerlei Beweise für Gülens angebliche

Der türkische Botschafter in der Schweiz versuchte am Freitag mit einer Medienkonferenz für die Sicht seiner Regierung auf die Ereignisse zu werben. Doch brisante Fragen, etwa zur Überwachung von Türken in der Schweiz, wich er aus.

International, Seite 6, 7  
Meinung & Debatte, Seite 12  
Schweiz, Seite 13

## Zögerliche Kulturpolitik

Die Theater-Analyse des Zürcher Stadtrats ist mutlos

dfr. · Wer in Zürich ins Theater will, hat die Qual der Wahl. Weit über 3000 Vorstellungen pro Jahr können in den verschiedenen Häusern besucht werden. Die Stadt fördert insgesamt 18 Tanz- und Theaterinstitutionen mit rund 60 Millionen Franken. Der Grossteil der Subventionen geht an das Schauspielhaus. Der Stadtrat prüft derzeit, ob die Fördergelder richtig eingesetzt sind. Er hat letzten Herbst eine umfassende Analyse der Tanz- und Theaterlandschaft in Auftrag gegeben. Kritiker monieren, es komme zu Doppelspurigkeiten und Überschneidungen in der programmatischen Ausrichtung. Gewis-

se Häuser, allen voran das Theater Neumarkt, hätten ein zu wenig eigenständiges Profil.

Ein Zwischenbericht der laufenden Untersuchung kommt nun zu einem anderen Schluss: Überschneidungen gebe es zwar teilweise, diese seien aber nicht «schädlich». Generell befinde sich die Theaterlandschaft in guter Verfassung. Der Befund überrascht nicht sonderlich, konnten sich doch alle subventionierten Häuser aktiv an der Analyse beteiligen. Der Mut zur Reform ist bei einer solchen Übungsanlage klein.

Meinung & Debatte, Seite 11  
Zürich und Region, Seite 19

### SCHNELLE EINGREIFFGRUPPE

Schweizer Armee erhält Milizverbände mit hoher Bereitschaft SEITE 13

### BILDUNGSFERNE ZUWANDERER

Schulen müssen ganze Familien integrieren SEITE 15

### GUTE NACHRICHT FÜR PENDLER

ZVV denkt vorerst nicht mehr an Tarifierhöhungen SEITE 17



«GAME OF THRONES»

Es ist kalt geworden in Winterfell – die TV-Serie neigt sich langsam, aber sicher dem Ende zu SEITE 42

### UNERZOGENE TOURISTEN

Island versucht, Reisende auf sanfte Art zu erziehen SEITE 26

### US-TECHNOLOGIERIESEN

Milliardäre gefährden mit ihrer Macht die Demokratie SEITE 30, 31

### WIMBLEDON

Roger Federer vor dem 8. Titelgewinn auf dem heiligen Rasen SEITE 52



THABO SEFOLOSHA

In der amerikanischen Gesellschaft brodeln es, sagt der Schweizer Basketballer und NBA-Pionier SEITE 51

### WETTER

Im Norden Sonne, Wolken und vor allem entlang der Berge letzte Schauer. Sonst meist trocken. Im Westen und im Süden meist sonnig. SEITE 23

TV/Radio 47, 48, Traueranzeigen 18  
Sportresultate 49, Kino 25

NZZ www.nzz.ch

Redaktion und Verlag: Neue Zürcher Zeitung, Falkenstrasse 11, Postfach, 8002 Zürich, Telefon: +41 44 258 11 11, Leserservice/Abonnements: +41 44 258 10 10; weitere Angaben im Impressum Seite 42

